

Ausländerbehörde der Stadt Erfurt

Digitale Diskriminierung

Seit Jahresbeginn werden Termine bei der Erfurter Ausländerbehörde fast nur noch online vergeben; die Wartezeit beträgt mindestens acht bis zehn Wochen. Einen elektronischen Aufenthaltstitel gibt es aber nicht.

> Astrid Rothe-Beinlich

Probleme sieht die Verwaltung keine: Schließlich, so die Antwort auf eine Grüne Anfrage¹ im Erfurter Stadtrat, könnten Termine auch per E-Mail oder zwischen zehn und zwölf Uhr telefonisch erfragt werden. Die Wartefristen seien so lang, da die Zahl der Geflüchteten weiter zugenommen habe und es zu wenig Beschäftigte gebe. Diese hätten dank Onlinevergabe nun mehr Zeit für ihre Arbeit.

Termine gibt's online ...

Die langen Wartezeiten erschweren nicht nur weitere Ämtergänge. Vielen Geflüchteten fehlt es an einem digitalen Zugang oder der dafür nötigen Sprachkompetenz. Noch schwerer wiegt allerdings, dass sich die Erfurter Ausländerbehörde weigert, elektronische Aufenthaltstitel auszustellen – obwohl sie vom Thüringer Migrationsministerium seit zwei Jahren dazu mehrfach schriftlich aufgefordert wurde.

– aber den Aufenthaltstitel nur auf einem Klebezettelchen

Zunächst argumentierte die Verwaltung mit immens vielen Altfällen. Zwei weitere Anfragen und eine Beratung im Sozialausschuss später lautet die Begründung, die Erstellung der elektronischen Aufenthaltstitel benötige 40 Minuten je Person und würde die Wartezeiten noch weiter verlängern. Zum November wolle man diese Chipkarten aber einführen, da stünde ohnehin eine technische Neuerung auf Bundesebene an.

Auch wenn Klebezettelchen formaljuristisch keine Nachteile bedeuten, ist die



Die virtuelle Wartebank der Erfurter Ausländerbehörde ist lang Foto: tm-md / Flickr / CC BY-SA 2.0

Realität eine andere. Betroffene berichten immer wieder, dass sie damit weder Verträge unterzeichnen noch eine Arbeit aufnehmen können. Der Erfurter Ausländerbeirat fordert ebenfalls eine umgehende Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels und eine zeitnahe Terminvergabe. Dafür demonstrierten auch Flüchtlingsorganisationen lautstark vor der Erfurter Ausländerbehörde.

Es fehlt der politische Wille

Nachgefragt beim Land zeigte sich, dass die Terminvergabe unterschiedlich gehandhabt wird, die meisten Ausländerbehörden aber auch eine persönliche Vorsprache ermöglichen. Den elektronischen Aufenthaltstitel gibt es in allen anderen Thüringer Kommunen. Für unsere Fraktion steht fest, dass es maßgeb-

lich am politischen Willen fehlt, dies zeitnah umzusetzen. Unsere Forderung bleibt eine bürgerInnennahe Verwaltung für alle – dies gilt auch und gerade für eine Ausländerbehörde. Wir bleiben jedenfalls dran, so auch im nächsten Sozialausschuss und im Ausschuss für Ordnung und Sicherheit. Was bleibt, ist der fade Beigeschmack, dass das eigentliche Problem dahinter institutioneller Rassismus ist.

1) Weitere Informationen auf gruenestadterfurt.de: <https://gruenlink.de/1lh4>

> MdL Astrid Rothe-Beinlich ist grüne Stadträtin in Erfurt und Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gleichstellung.